

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

März 2020

Begrenzungs-
Initiative
am 17. Mai:

JA+

zur
massvollen
Zuwanderung

www.begrenzungsinitiative.ch

Zu viel ist zu viel!

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz





Achtung: Fake-News

Die Gegner einer massvollen Zuwanderung behaupten:

«Die EU kündigt uns alle Verträge!»

Falsch! Das ist Angstmachelei! Statt die Sorgen und Nöte der Schweizer Bevölkerung ernst zu nehmen, spekulieren sie nur duckmäuserisch und in vorauseilendem Gehorsam darüber, was alles passieren könnte. Richtig ist: Mit der EU muss man selbstbewusst verhandeln. Die EU hat ein grosses Interesse an Verträgen mit der Schweiz. Denn wir kaufen für Milliarden in der EU ein!

«Wir bekommen keine Fachkräfte!»

Falsch! Richtig ist: Auch vor 2007 haben wir genügend Fachkräfte bekommen! Und: **Von den Zuwanderern aus der EU ist nur jeder 5. eine Fachkraft.** Alle anderen sind billige Arbeiter für Stellen ohne weitergehende Ausbildung!

«Unsere Wirtschaft verliert den Zugang zum EU-Binnenmarkt!»

Unsinn! Der Zugang zum EU-Markt für unsere Firmen ist nach wie vor durch den Freihandelsvertrag von 1972 und die Welthandelsorganisation gewährleistet!



Einsatz für das schönste Land der Welt

In diesen Wochen erfahren wir alle, wie verletzlich die Welt ist: Unerwartet rasch hat sich das Coronavirus infolge der Globalisierung über den ganzen Erdball verteilt. Sinkende Börsenkurse, Kurzarbeit, abgesagte Events und Veranstaltungsverbote werden heute noch nicht abschätzbare wirtschaftliche Schäden verursachen. Blockierte Camions mit Schutzmasken oder fehlende Desinfektionsmittel in den Spitälern zeigen, dass die einzelnen Länder auch in Europa im Krisenfall nur für sich schauen. Gleichzeitig wollen Millionen von Flüchtlingen aus der Türkei nach Europa fliehen. Sollte die griechische Grenze fallen, wird auch unser Land erneut vor grossen Herausforderungen im Asylbereich stehen.

In diesem Umfeld bestätigt sich für mich einmal die Richtigkeit unserer politischen Schwerpunkte: Unabhängigkeit von der EU, Verhinderung der Massenzuwanderung und eine geringe Regulungsdichte mit tiefen Steuern und Abgaben. Letzteres erfordert den Kampf gegen neue Verbote, Gebote und Abgaben durch das CO₂-Gesetz.

Unabhängigkeit bedeutet unter anderem eine eigenständige Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie. Daran müssen wir die Bevölkerung erinnern, wenn von linksgrüner Seite immer mehr und widersprüchliche Forderungen die Produktion von Nahrungsmitteln und Energie einzuschränken drohen.

Die Verhinderung der Masseneinwanderung erfordert eine Beseitigung der Personenfreizügigkeit. Darüber stimmen wir am 17. Mai ab. Dieser Klartext konzentriert sich auf diese Abstimmung. Wir brauchen dazu Ihre volle Unterstützung, im Interesse gesi-



cherter Arbeitsplätze und guter Löhne in der Schweiz.

Als Mitglied der Kampagnenleitung für die Masseneinwanderungsinitiative, als Wahlleiter und zuletzt als Präsident durfte ich mich in den letzten acht Jahren an vorderster Front für diese Ziele einsetzen. Ich habe das stets hochmotiviert und mit Überzeugung getan. Dies nicht zuletzt dank Tausenden von uneigennützig arbeitenden Parteimitgliedern im ganzen Land. Ich habe mich von Ihnen stets unterstützt gefühlt und danke dafür bestens.

Fahren Sie fort mit dieser Arbeit, denn die Schweiz braucht Sie. Sehen Sie Ihre Arbeit als Gegenleistung für das Privileg, im schönsten Land der Welt zu leben. Ich tue es ebenso – wenn nicht mehr als Präsident, so doch umso intensiver bei der Behandlung von politischen Sachgeschäften.

Ich sage deshalb nur als Präsident Adieu. Ansonsten gilt: Auf baldiges Wiedersehen beim politischen Einsatz für das schönste Land der Welt!

Nationalrat Albert Rösti
Präsident der SVP Schweiz

Stopp dem Missbrauch!

Die gigantischen Fehlanreize der Personenfreizügigkeit zeigen sich an den EU-Mitgliedern Rumänien und Bulgarien: Deren Bürger nutzen ungehindert unseren Arbeitsmarkt und unser Sozialwesen.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in den beiden Staaten relativ tief ist (Bulgarien 4.1%, Rumänien 3.9%; EU-Durchschnitt 7.4%), strömen seit dem 1. Juni 2016 zahlreiche Bürger dieser Staaten in Richtung Schweiz. An jenem Tag trat für sie das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU in Kraft.

Für Menschen in Bulgarien und Rumänien ist die Schweiz aus wirtschaftlichen Gründen überaus attraktiv. Der Durchschnittslohn in ihren Heimatländern beläuft sich auf wenige hundert Euro pro Monat. Unter Berücksichtigung der Haushaltsgrösse verdient ein Rumäne, der in die Schweiz kommt, bis zu 18-mal mehr als in seinem Heimatland. Kaufkraftbereinigt sind es noch immer bis zu 12-mal mehr. Auch die Lebensqualität ist bei uns ungleich höher. Wer schon einmal in diesen Ländern war und sich die misslichen Verhältnisse angeschaut hat, weiss, wovon ich spreche.

Kein Wunder, steigt die Zuwanderung aus diesen Staaten bei uns massiv an. 2019 kamen aus Bulgarien und Rumänien fast 5000 Personen in die Schweiz. Leider haben wir nicht genug Arbeit für diese «Fachkräfte». Im Durchschnitt aller Zuwanderer aus dem EU-Raum ist nur einer von fünf Zuwandern eine Fachkraft. Doch auch wenn mehr qualifizierte Menschen einreisen würden: Letztes Jahr waren von allen Arbeitslosen in der Schweiz 63 Prozent Fachkräfte. Unser Arbeitsmarkt hat also gar keinen Bedarf für diese Leute.

Natürlich hat dies Folgen für die Schweiz. Von den Zugewanderten waren 14.2 Prozent der Bulgaren und 8.5 Prozent der Rumänen arbeitslos. Diese Länder haben einen starken Dienst-



Mit der Personenfreizügigkeit kommen viele Billigarbeiter zu uns. Bereits heute sind die Hälfte aller Arbeitslosen in der Schweiz Ausländer.

leistungssektor. Wegen mangelnder Deutschkenntnisse können die darin ausgebildeten Bulgaren und Rumänen in der Schweiz aber gar nicht in ihren angestammten Berufen eingesetzt werden.

Immer mehr Unqualifizierte

Die Hälfte aller Arbeitslosen in der Schweiz sind Ausländer. Nun kann man sagen, das sei klar, weil sie auch die weniger qualifizierten Jobs verrichten würden, welche zunehmend verschwinden. Natürlich trifft dies zu. Aber wieso lassen wir denn immer mehr Unqualifizierte ins Land? Und warum lassen wir vor allem Personen aus Branchen rein, in denen wir schon die höchste Arbeitslosigkeit haben? Es ist schier unglaublich: Alleine in den Gastgewerbesektor wanderten im Jahr 2019 nicht weniger als 6542 Personen ein. In diesem Bereich suchen gemäss

Statistik aber angeblich oder tatsächlich 9478 Menschen eine Stelle.

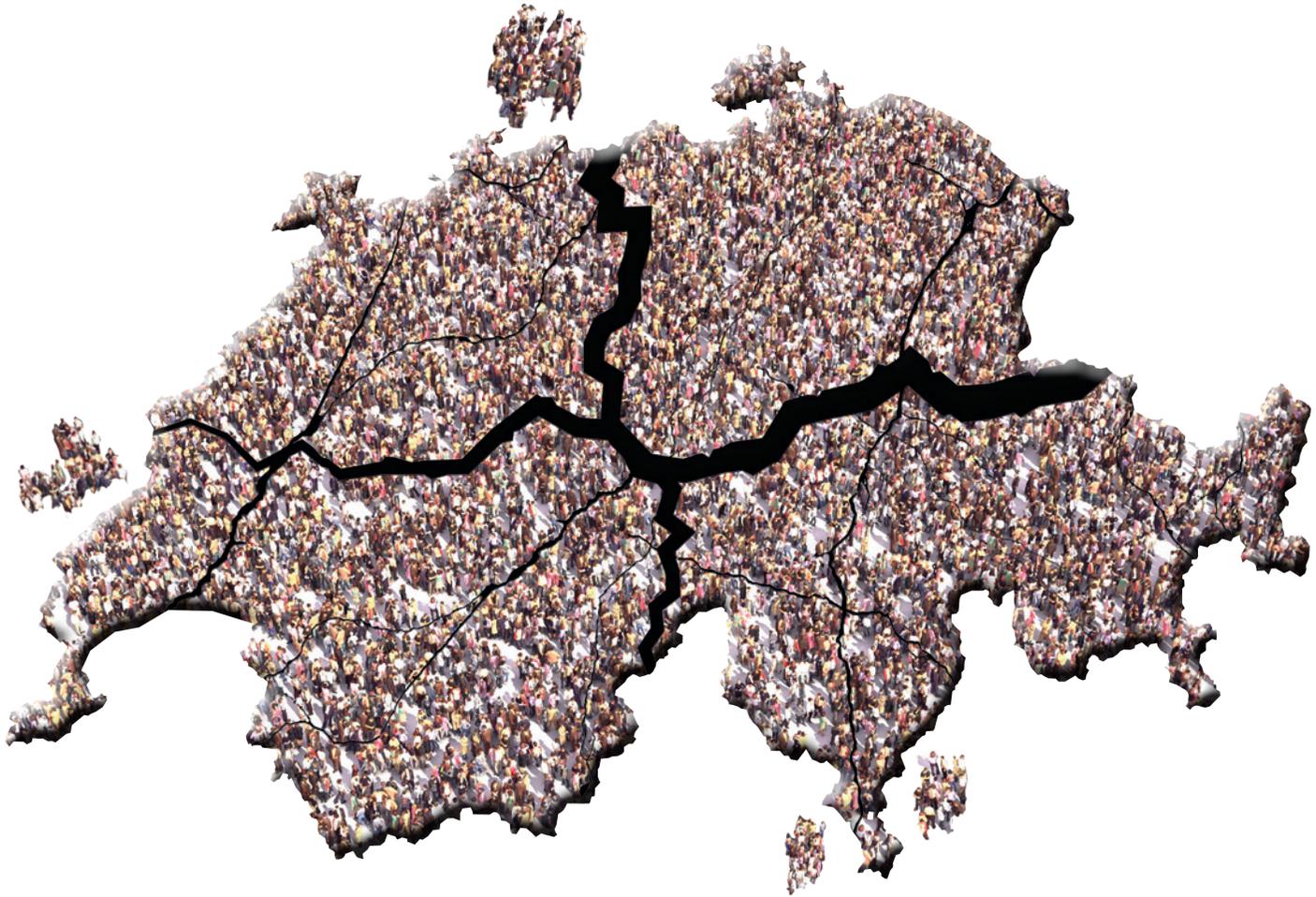
Diesem Missbrauch kann nur mit der Annahme der Begrenzungsinitiative ein Riegel geschoben werden. Es sei noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt: Die SVP will, dass die Wirtschaft die dringend benötigten Fachkräfte bekommt. Hier braucht es aber eine kontrollierte Zuwanderung, denn ein gut ausgebautes Sozialwesen und eine volle Personenfreizügigkeit sind unvereinbar. Deshalb ist am 17. Mai ein deutliches Ja zur Begrenzungsinitiative angezeigt!

Von Nationalrat
Andreas Glarner

Oberwil-Lieli (AG)



«Kurzichtig und verantwortungslos»



Durch die Personenfreizügigkeit haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

Eine von der EU diktierte Zuwanderung führt zu irreparablen Schäden in unserem politischen Gefüge und zerstört die Schweiz, wie wir sie heute kennen.

1990 zählte die Schweiz 6,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Keine 30 Jahre später leben 8,6 Millionen Menschen in unserem Land. Über 2 Millionen sind Ausländerinnen und Ausländer, obwohl sich jährlich zwischen 40'000 und 50'000 Personen einbürgern lassen. Seit 1990 haben über 950'000 Ausländer den Schweizer Pass erhalten.

Zum Vergleich: Die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien ist seit 1990, in absoluten Zahlen, um 19 respektive 15 Prozent geschrumpft. Auch Kroatien hat seit 1990 13 Prozent seiner Bevölke-

rung verloren. In Lettland und Litauen ist die Bevölkerung um 27 respektive 23 Prozent zurückgegangen. Ein Drittel aller Albaner haben seit 1990 ihr Land verlassen. Im Kosovo betrug die Abwanderung seit 1990 sage und schreibe 50 Prozent der Einwohner.

Auf der anderen Seite stehen die Zielländer dieser Migranten. Von den grösseren Ländern in Europa ist die Schweiz bei deren Aufnahme Spitzenreiterin. Unser Land musste in den vergangenen 30 Jahren mehr als das sechsfache Bevölkerungswachstum von Deutschland verkraften. Seit 1990 ist unsere Einwohnerzahl auf-

grund der Zuwanderung um über ein Viertel gewachsen. Die «10-Millionen-Schweiz» ist nicht mehr fern.

Nach Gründen für die Masseneinwanderung braucht man nicht lange zu suchen: In der Schweiz beträgt das Bruttoinlandprodukt (BIP) 80'000 Franken pro Einwohner. In Grossbritannien beträgt das BIP 36'000 Euro pro Einwohner. Italien liegt bei 29'000 und Griechenland bei 17'000 Euro, während auf einen Rumänen jährlich nur noch ein BIP von 10'000 und auf einen Bulgaren lediglich ein BIP von 8'000 Euro entfällt.

Die Verlockungen des Systems

Das Gleiche gilt für die Altersvorsorge. In einer globalen Analyse aller Alters-

vorsorgesysteme erreicht die Schweiz den ersten Platz. Deutschland schafft es auf den 13. Platz, während Italien und Spanien auf dem 29. respektive 31. Rang landeten. Griechenland muss sich mit dem 41. Platz – noch nach China – begnügen. Die Altersvorsorgesysteme von Rumänien, Bulgarien, Albanien oder dem Kosovo wurden nicht einmal bewertet.

Es ist nachvollziehbar, dass ein Rumäne oder Bulgare, für den seit acht Monaten keine Ventilklausel mehr gilt, alles daran setzt, dank der Personenfreizügigkeit in die Schweiz zu ziehen, also in jenes Land, in dem die Löhne europaweit am höchsten sind und in dem er das weltweit beste Altersvorsorgesystem vorfindet.

Wir alle kennen die Folgen aufgrund von 50'000 bis 60'000 Zuwanderern, die jährlich netto bei uns in der Schweiz bleiben, nur zu gut. Diese Leute konkurrenzieren mit Billiglöhnen immer mehr unsere Schweizer Arbeitskräfte. Gleichzeitig belasten sie

unsere Sozialwerke überdurchschnittlich. So schreibt die Zeitung «Der Bund»: «Während die Erwerbslosenquote bei den Schweizern zwischen 3.0 (2012) und 4.0 (2014) Prozent schwankte, war die Situation der Ausländer weniger günstig: Die Erwerbslosenquote der ausländischen Bevölkerung belief sich auf 7.5 Prozent.»

Strapazierte Sozialversicherungen

Fast jeder zehnte arbeitsfähige Ausländer in der Schweiz arbeitet also nicht, sondern lebt auf Kosten von uns Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Invalidenversicherung (IV): Eine Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) belegt, dass vor allem Personen aus Spanien, Italien, Portugal und Ex-Jugoslawien deutlich häufiger IV-Renten beziehen als Schweizer. Bei der AHV gibt selbst der Bundesrat zu: «Langfristig begründen die Beitragszahlungen aber natürlich auch Rentenansprüche, welche die AHV in 30 bis 40 Jahren belasten werden.»

Ergänzungsleistungen, die sich seit dem Jahr 2000 von 2 auf 5 Milliarden Franken mehr als verdoppelten, werden nur von 11 Prozent der Schweizer AHV-Rentner bezogen, während jeder vierte Ausländer Ergänzungsleistungen bezieht. Bei den Krankenkassenprämienverbilligungen, die auf jährlich über 4,5 Milliarden Franken explodiert sind, verhält es sich genauso.

3,6 Milliarden Menschen sind von Wasserknappheit betroffen. Die Konsequenzen sind neben Dürren und Hungersnöten kriegerische Konflikte. 1980 lebte die Hälfte von 300 Millionen Afrikanern in Armut. 30 Jahre später gelten 50 Prozent von einer Milliarde Afrikanern als arm.

Aufgrund des weltweiten Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Ressourcenknappheit – vor allem an Wasser – ist es so sicher wie das Amen in der Kirche, dass die Schweiz in den nächsten 20 bis 30 Jahren mit massiven Migrationsströmen aus Asien und Afrika konfrontiert sein wird.



Unser Land musste in den vergangenen 30 Jahren mehr als das sechsfache Bevölkerungswachstum von Deutschland verkraften.

Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)

Es gilt, sich auf den nächsten Migrationsansturm vorzubereiten, Grenzkontrollen wieder einzuführen und Wirtschaftsmigranten an der Grenze abzuweisen.

Tatenloser Bundesrat

Doch wo ist der weitsichtige, mutige und verantwortungsvolle Bundesrat, der konsequent und energisch handelt und der EU klipp und klar mitteilt, zu viel ist zu viel? Wo ist der Bundesrat, der Frau von der Leyen und Herrn Hahn mit aller Deutlichkeit erklärt, dass die Schweiz diese Massenzuwanderung aus der EU nicht länger akzeptiert? Die Schweiz ist offen für

eine Forschungsk Kooperation mit amerikanischen, chinesischen, britischen, deutschen und französischen Universitäten. Die Schweiz ist offen für Freihandel mit den USA, mit China, mit Grossbritannien nach dem Brexit und mit der EU.

Auch im Land- und Luftverkehrsbereich macht eine vertragliche Regelung zwischen der Schweiz und der EU Sinn. Doch die volle Freizügigkeit für Menschen – das heisst, der vertragliche Anspruch für 500 Millionen Einwohner, sich jederzeit in der Schweiz niederlassen zu dürfen – ist kurzsichtig, unvernünftig und verantwortungslos.

Wir wollen eine massvolle Einwanderung, eine Einwanderung, die wir selber regulieren können und die zu unserem kleinen, aber international führenden Land passt. Sie soll nicht zu massiven Nachteilen und einer Schlechterstellung von uns Schweizerinnen und Schweizern führen. Eine von der EU diktierte Zuwanderung würde zu irreparablen Schäden in unserem politischen Gefüge führen und die Schweiz, wie wir sie heute kennen, zerstören.

Aus diesem Grund braucht es am 17. Mai an der Urne ein deutliches Ja zur «Begrenzungsinitiative»!

Zu viel ist zu viel!

Tatsache ist: Die Schweiz ist ein kleines Land! Tatsache ist auch: In ein kleines Land können sich nicht immer mehr Menschen hineinzwängen!

Doch genau das passiert seit 2007, seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Denn mit der Personenfreizügigkeit haben wir unsere Grenzen für über 500 Millionen Menschen aus der EU geöffnet ohne dass wir kontrollieren können, wie viele in die Schweiz kommen würden. Das ist genauso, wie wenn Sie die Tür zu Ihrer Wohnung oder zu Ihrem Haus öffnen und jeder darf hineinkommen. Würden Sie das machen?

Und in welches Land gehen die Einwanderer am liebsten? In das Land mit den besten Löhnen und den höchsten Sozialleistungen. Sie gehen in die Wohnung oder das Haus, wo der Kühlschrank am besten gefüllt ist. Und das ist die Schweiz!

Die Folgen für unser Land sind katastrophal: Seit 2007 sind über 1 Million Menschen zusätzlich in unser kleines Land gekommen. Das sind Jahr für Jahr allein aus der EU rund 50'000 zusätzliche Zuwanderer. Das bedeutet: Die Bevölkerung wächst jedes Jahr um die Grösse der Einwohnerzahl von Biel! Das hält kein kleines Land aus!



PEUGEOT NEXT GENERATION **PLUG-IN HYBRID** UNBORING THE FUTURE



TESTTAGE AM 21. UND 22. MÄRZ

AB 29 g CO₂/km

BIS ZU 59 km REICHWEITE
IM ELECTRIC-MODUS

AB 1,3 l/100 km

MOTION & e-MOTION



PEUGEOT

Ältere wollen Arbeit, keine Rente!



Der Bundesrat gibt zwar zu, dass billige EU-Ausländer ältere Schweizer Arbeitnehmende verdrängen. Doch statt die Zuwanderung zu kontrollieren, will er die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit lieber mit Hunderten von Millionen Franken an Steuergeldern zuschütten.

Am 17. Mai stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über die «Begrenzungsinitiative» ab und damit über die Frage, ob die Schweiz die Zuwanderung endlich wieder eigenständig steuern kann. Durch die Personenfreizügigkeit, die 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung gibt, wanderten in den letzten 13 Jahren netto 1 Million Menschen in die Schweiz ein. Bei der Mehrheit der zugewanderten EU-Ausländer handelt es sich nicht um die von der Wirt-

schaft benötigten Fachkräfte, sondern schlicht um Billigarbeiter. Die Folgen sind vor allem für ältere Schweizer Arbeitnehmende verheerend: Sie werden von den EU-Billigarbeitern verdrängt und landen immer öfter in der Sozialhilfe. Von 2011 bis 2017 ist die Zahl der ausgesteuerten 60- bis 64-Jährigen um fast 50 Prozent gestiegen.

Doch statt die Zuwanderung endlich wieder eigenständig zu steuern und damit diese negative Entwicklung zu stoppen, wollen der Bundesrat und

die anderen Parteien die Probleme mit Steuergeldern zuschütten, indem sie mit einer Überbrückungsrente ein neues teures Sozialwerk schaffen, das obendrein noch falsche Anreize setzt. Denn mit dieser Entlassungsrente können die Unternehmen ältere Mitarbeitende künftig noch leichter und ohne schlechtes Gewissen durch billige EU-Ausländer ersetzen – die Steuerzahler tragen ja die Kosten dafür.

Bundesrat will sich ein Nein erkaufen

Besonders empörend ist, dass der Bundesrat und die anderen Parteien die Überbrückungsrente nicht aus echter Sorge um die älteren Schweizer Arbeitnehmenden schaffen wollen. Sie

Mit der Entlassungsrente können Unternehmen ältere Arbeitnehmende noch leichter und ohne schlechtes Gewissen durch billige EU-Ausländer ersetzen.

wollen sich damit vielmehr ein Nein des Stimmvolks zur Begrenzungsinitiative erkaufen. Deshalb haben sie das untaugliche und mehrere 100 Millionen Franken teure neue Sozialwerk in der Frühjahrssession durchgepeitscht.

Zum Vergleich: Normalerweise braucht das Parlament für neue Gesetze mindestens zwei Jahre. Bei der Entlassungsrente dauerte es nur wenige Monate – der Bundesrat hatte die Rente letzten Juni, das ist noch nicht einmal ein Jahr her, in die Vernehmlassung geschickt und diesen März bereits durchs Parlament gedrückt. Und das nur aus Panik davor, dass die Schweizerinnen und Schweizer die «Begrenzungsinitiative» am 17. Mai annehmen

könnten, weil sie wissen, dass sie mit Lohndruck und allenfalls mit dem Verlust ihrer Stelle für die Personenfreizügigkeit bezahlen müssen. Dieses Vorgehen von Bundesrat und den anderen Parteien ist unseriös und unwürdig, es ist der teuerste Abstimmungskampf, den die Schweiz je gesehen hat!

Das Stimmvolk hat das Problem erkannt

Wer wirklich etwas für die älteren Schweizer Arbeitnehmenden tun will, der schiebt sie nicht in eine Rente ab, sondern gibt ihnen Arbeit. Die Mehrheit der Bevölkerung hat im Februar 2014 dieses Problem erkannt und an der Urne gefordert, die Masseneinwanderung zu beenden. Sie haben entschieden, dass wir zuerst unseren eigenen Leuten Arbeit geben wollen, indem ein echter Inländervorrang in die Verfassung geschrieben wurde. Das heisst, wer im Inland Arbeit sucht und seine Arbeitskraft anbietet, soll vor ausländischen Leuten, die in die Schweiz zuwandern, Arbeit bekommen; dementsprechend sind weniger Arbeitsbewilligungen für Ausländer zu erteilen. Inländervorrang, Höchstzahlen, Kontingente, ein umfassendes System, das seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in Artikel 121a der Bundesverfassung festgeschrieben ist – das ist die Lösung und gibt diesen Leuten Arbeit. Die Leute, die ihre Stelle verlieren, wollen eine neue Stelle und nicht eine Rente!

Den Bundesrat und die anderen Parteien interessiert das nicht. Sie machen lieber Bücklinge in Richtung Brüssel. Dabei ignorieren sie nonchalant die Finanzen des Bundes. Sie haben tatsächlich die Nerven, ein neues Sozialwerk zu schaffen, obwohl derzeit bei AHV und IV Finanzierungslücken in Milliardenhöhe bestehen. Obwohl

die Ausgaben für die Ergänzungsleistungen von 2 Milliarden Franken im Jahr 2000 auf über 5 Milliarden Franken gestiegen sind und weiter steigen – nicht zuletzt auch wegen der EU-Zuwanderer, die häufiger auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind als Schweizerinnen und Schweizer. Und obwohl auch die Ausgaben für die Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden aus dem Ruder laufen.

Nur die SVP macht Ältere nicht zu Almosenempfängern

Zudem verstricken sich Bundesrat und Parlament in Widersprüche. Denn im Kampf gegen die «Begrenzungsinitiative» wollen sie Leute über 60 in Rente schicken und gleichzeitig ist für die Junisession des Parlaments die Erhöhung des AHV-Rentenalters traktandiert. Auf der einen Seite lässt man also so viele junge Leute aus der EU ins Land, wie kommen wollen, und auf der anderen Seite schickt man die älteren Schweizer Arbeitnehmenden in Rente und verlangt gleichzeitig, dass sie länger arbeiten müssen.

Die SVP ist die einzige Partei, die die älteren Arbeitnehmenden nicht zu Almosenempfängern macht, sondern ihre Arbeitsstellen vor der ausländischen Billigkonkurrenz schützen will. Ich bin davon überzeugt, dass die Schweizerinnen und Schweizer dies erkennen und am 17. Mai die «Begrenzungsinitiative» annehmen und damit Ja sagen zu einer echten Lösung der Zuwanderungsprobleme.

Von Nationalrat
Albert Rösti

Uetendorf (BE)



emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!
 Alexander Segert, Geschäftsführer
 8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
 info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
 AG für Werbung und Public Relations
 Wir wollen Ihren Erfolg

**Hier könnte
 Ihre Werbung
 stehen!**

Informationen unter
klartext@svp.ch



dietschi
 PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
 SVP-Delegierter
 AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
 Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

**Hier
 eben-
 falls!**

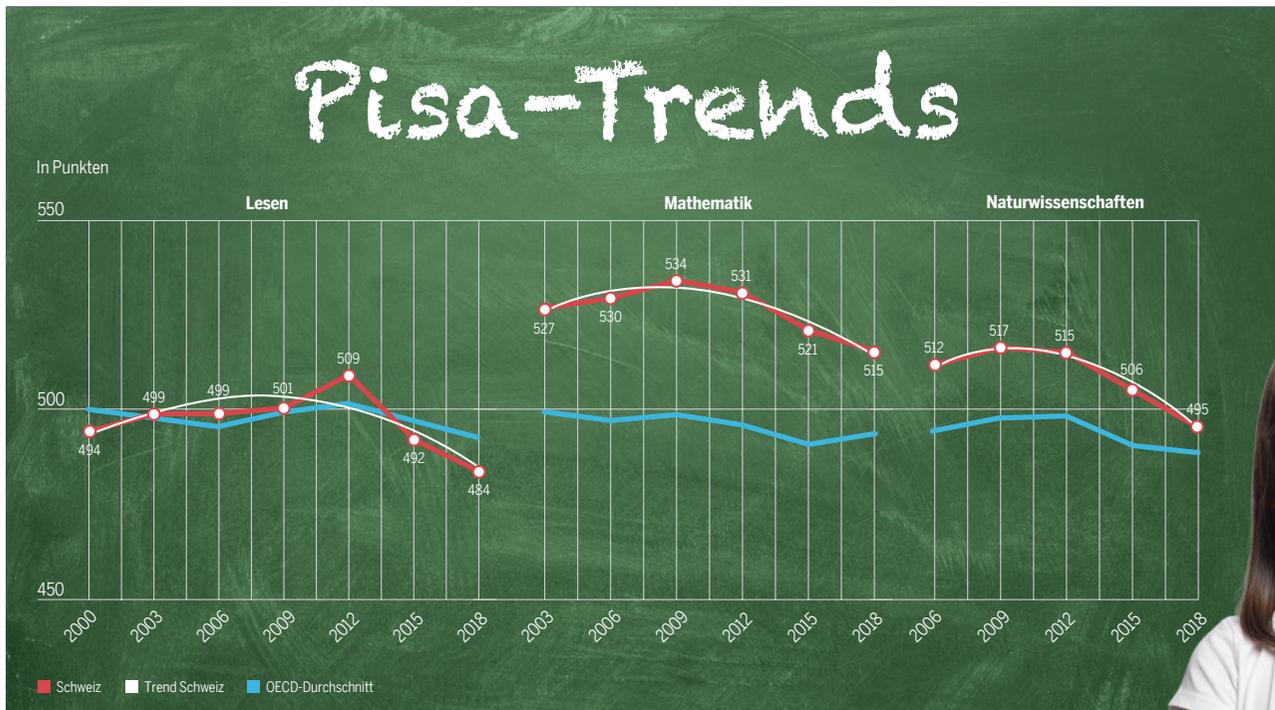


Begrenzungs-Initiative am 17. Mai:

J A +
 zur
**massvollen
 Zuwanderung**



begrenzungsinitiative.ch PC: 31-572732-0



Quelle: Switzerland Country Note: PISA 2018 Results, OECD: 2019



Schweizer Schulen werden immer schlechter

Ein Viertel der Schulabgänger versteht nicht einmal die wichtigsten Inhalte eines Textes. Die unkontrollierte Zuwanderung ist wesentlich mitverantwortlich für das sinkende Niveau unserer Volksschule.

Alle drei Jahre werden die internationalen Schulleistungen untersucht. Diese sogenannten Pisa-Studien sind alarmierend: In allen gemessenen Bereichen – Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften – geht es abwärts mit der Schweiz. Und zwar anhaltend seit 2009.

Zu den neuesten Pisa-Ergebnisse schreibt der «Tages-Anzeiger»: «So schlecht schneiden die Schweizer Schüler ab.» Blick.ch fasst zusammen: «Schweizer Schüler in allen Fächern schlechter geworden.»

In der Lesekompetenz ist die Schweiz sogar deutlich unter die Durchschnittswerte der OECD-Staaten gefallen. Rund ein Viertel der getesteten Schweizer Schüler erfüllen die Mindestkompetenz im Lesen nicht. Das heisst, sie sind nicht fähig, die wichtigsten Inhalte eines Textes

zu verstehen. Damit fehlt ihnen das Grundrüstzeug für eine erfolgreiche Berufslehre.

Und was sagt der Schweizerische Lehrerverband LCH zu diesen beschämenden Ergebnissen? In seiner Medienmitteilung schreibt er: «Die Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich dem hervorragenden Ergebnis von Pisa 2018 verpflichtet und wollen weiterhin ihr Bestes geben.»

Masse statt Klasse

Man kann nicht von einem «hervorragenden Ergebnis» reden, wenn die teuersten Schulen der Welt inzwischen mittelmässige Schüler produzieren. Die Schweiz gibt – kaufkraftbereinigt – pro Schüler/Student 17 436 Dollar im Jahr aus. Im OECD-Durchschnitt sind es 10 520 Dollar. Finnland und Japan erreichen mit zwei Dritteln der Ausga-

ben in allen Bereichen markant bessere Resultate als wir.

Die Pisa-Studie zeigt auch schonungslos die Folgen einer verfehlten Immigrationspolitik auf. Die Leseleistung von Schülern mit Migrationshintergrund liegt um 52 Punkte tiefer als jene von Schweizer Schülern. Wobei nicht die Kinder von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland das Problem sind. Sondern eine durch die Personenfreizügigkeit und durch die Asylummigration unkontrolliert gewordene Zuwanderung. Masse statt Klasse. Wer wieder bessere Schweizer Schulen will, stimmt für die Begrenzungsinitiative und damit für eine selbstbestimmte Zuwanderungspolitik im Interesse der Schweiz.

Von Nationalrat
Peter Keller

Hergiswil (NW)





CITROËN C3 AIRCROSS SUV

**DAS SCHÖNSTE REISEZIEL:
ENTSPANNT ANKOMMEN.**

Verfügbar mit Grip Control-Technologie
Mit Citroën ADVANCED COMFORT FEDERUNG®
Bis zu 520 l Kofferraumvolumen
Verfügbar mit Panorama-Schiebedach
Bis zu 12 Fahrassistenzsysteme

AB
CHF 169.-
PRO MONAT



**INSPIRED
BY YOU**

Angebot gültig für den Kauf zwischen dem 1.3.-31.3.2020. Angebote gültig für Privatkunden, nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Empfohlener VP inkl. MwSt. Leasingbeispiel: Katalogpreis CHF 23'490.-, empfohlener Verkaufspreis nach Rabatt: CHF 20'490.-, CHF 5'122.50 Sonderzahlung, Leasingrate CHF 169.- pro Monat inkl. MwSt., Rücknahmewert CHF 8'680.-, effektiver Jahreszins 1,96%, Leasingdauer 49 Monate, Kilometerleistung 10'000km/Jahr. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer GAP Versicherung. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Akzeptanz durch PSA Finance Suisse SA, Schlieren. Der Abschluss eines Leasingvertrags ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Verbrauch gesamt 6,8l/100km; CO₂-Emission 154g/km; Treibstoffverbrauchs-kategorie B. Abgebildetes Modell mit Optionen: CITROËN C3 Aircross PureTech 110 S&S Manuell Shine, Katalogpreis CHF 27'980.-; Symbolfoto. Citroën behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern.





Zu wenige Ressourcen für zu viele Leute

Falls weiterhin unkontrolliert Menschen in unser Land einwandern, zählt die Schweiz bald 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Dieses Wachstum steht in einem krassen Kontrast zu unserem begrenzten Angebot an Boden, Wasser und sauberer Luft.

Dank unserer Seen, Berge und Wälder konnten wir die Postkartenidylle «Schweiz» bisher erhalten. Es herrscht hierzulande der Konsens, dass die natürlichen Ressourcen und eine intakte Umwelt die Basis für das Wohlergehen der Gesellschaft sind. Sie garantieren uns eine hohe Lebensqualität und sind eine Attraktion für Touristinnen und Touristen.

Bis anhin wurden insbesondere Massnahmen beschlossen, die auf bessere Technologien setzten. So hat sich der Zustand der Umwelt in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten in vielerlei Hinsicht verbessert. Flüsse, Seen und die Luft sind sauberer geworden. Die Wälder sind weniger belastet.

Doch die Errungenschaften, welche zu der hohen Lebensqualität führten, sind seit einigen Jahren durch das Bevölkerungswachstum gefährdet. Kein anderes Land hat einen so grossen Ausländeranteil (ein Viertel) wie die Schweiz.

Obwohl sich die Schweiz nur zu rund 50 Prozent mit eigenen Lebensmitteln versorgen kann, geht der Kulturlandverlust weiter. Der Boden wird immer knapper. Dies ist vor allem eine Folge der zunehmenden Einwanderung. Unser kleines Land muss bereits für 8,5 Millionen Menschen Wohn-

raum, Infrastruktur (Schulen, Spitäler, ÖV usw.) sowie Arbeitsplätze bereitstellen. Und pro Sekunde werden in der Schweiz zehn Fussballfelder Land verbaut.

Schrumpfende Lebensräume

Seit 2007 findet eine unkontrollierte Einwanderung statt. Die Schweiz wächst pro Jahr also mindestens um die Einwohnerzahl einer mittelgrossen Stadt. Bereits heute haben wir rund 190 Einwohner pro Quadratkilometer. Eng wird es vor allem im Mittelland. Fast 9 Millionen Menschen in einem Land, das nur 41'285 Quadratkilometer umfasst: das bedeutet Dichtestress und damit eine Einbusse der Lebensqualität.

Vor allem die Intercity-Züge, aber auch die Trams und Busse sind chronisch überlastet. Auf den Strassen rund um die Städte herrscht meist Stau. Seit Jahren kippt das Gleichgewicht zwischen Fauna und Flora, da die Fläche wertvoller Lebensräume geschrumpft ist. Unser Boden verkräftet keine «10-Millionen-Schweiz».

Die Luftqualität ist dank umweltfreundlicher Technologien gut. Die Feinstaubemissionen in den Städten konnten in den letzten 25 Jahren halbiert werden. In der Automobilindustrie

müssen die Hersteller strenge CO₂-Normen einhalten. Ein Drittel der Fläche der Schweiz ist mit Wald bedeckt. Das ist sehr wichtig, denn der Wald ist unser Sauerstoffproduzent. Pro Einwohnerin und Einwohner wachsen bei uns statistisch betrachtet 66 Waldbäume. Städte profitieren besonders von den Wäldern in ihrer Umgebung. Unsere Luft verkräftet aber keine 10-Millionen-Schweiz.

Schmutz im Wasserschloss

In der oft als «Wasserschloss Europas» bezeichneten Schweiz entspringen Wasserläufe wie der Rhein oder die Rhone. Die in den 1960er- und 1970er-Jahren gebauten Abwasserreinigungsanlagen sorgen für eine gute Wasserqualität. Doch je mehr Menschen in unserem Land leben, desto schwieriger ist es, die Mikroverunreinigungen zu eliminieren, die wegen Medikamentenrückständen, Drogen, Hygieneprodukten, Putzmitteln usw. ins Wasser gelangen. Für eine 10-Millionen-Schweiz haben wir nicht ausreichend sauberes Wasser.

Je mehr Menschen sich in unserer kleinen Schweiz niederlassen, desto mehr steigt der Konsum. Auch eine stets effizientere Technologie kann die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen bei einer 10-Millionen-Schweiz nicht sicherstellen. Die Abfallberge werden ansteigen. Die Lebensqualität sinkt und unsere Umwelt leidet.

Es ist folglich dringend notwendig, dass wir die Zuwanderung selber steuern – der Zukunft unserer Kinder zuliebe und im Interesse der Natur. Deshalb: Am 17. Mai Ja zur «Begrenzungsinitiative»!

Von Nationalrätin
Andrea Geissbühler

Bäriswil (BE)



Nur Vorteile für Menschen und Tiere

Die Bestände geschützter Arten sind stark gewachsen – was immer öfter zu Konflikten mit den Menschen führt.



Grossraubtiere sorgen in unserer dichtbesiedelten Schweiz immer wieder für Probleme. Das neue Jagdgesetz, über das wir am 17. Mai abstimmen, schafft klare Regeln und mehr Sicherheit.

Eigentlich hat das Parlament das revidierte Jagdgesetz in der Herbstsession 2019 klar gutgeheissen. Auch die SVP-Fraktion stimmte der Vorlage zu. Tierschutzorganisationen und linke Parteien ergriffen dagegen jedoch das Referendum.

Die Revision war nötig, weil das seit 34 Jahren bestehende Jagdgesetz die Anforderungen an den Tier- und Naturschutz nicht mehr erfüllt. Zudem haben sich die Bestände geschützter Arten wie Wolf, Biber oder Höcker-schwan in den letzten Jahren stark vermehrt. Während es 1986 in der Schweiz keinen einzigen Wolf mehr gab, streunten im Jahr 2010 wieder fünf Wölfe durch unser Land und 2019 waren bereits 80 Tiere unterwegs – die Tendenz ist weiter steigend.

Nicht mehr tragbar

Die steigende Zahl dieser Grossraubtiere führt immer öfter zu Konflikten mit der Landwirtschaft, mit Jägern und mit der Bevölkerung. Die Problematik der Grossraubtiere beschränkt sich in der Schweiz längst nicht mehr auf

das Berggebiet und den Alpenraum, sondern betrifft immer mehr auch die Westschweiz, das Mittelland und die Agglomerationen. Der Wolf verliert zunehmend die Scheu vor dem Menschen und kommt immer näher an die Siedlungen heran. Zum Teil sucht er sogar schon in bewohnten Gebieten nach Nahrung. Das ist für die Menschen, die dort leben, nicht mehr tragbar.

Die Präsenz der Wölfe hat auch negative Auswirkungen auf den Tourismus. So wurde der Wolf nicht nur in der Gegend von Zermatt, sondern auch neben einem Kinderskilift im bündnerischen Obersaxen sowie auf einer Skipiste in Flumserberg (SG) gesichtet. Zum Schutz von Schafherden werden eigens dafür ausgebildete Hunde eingesetzt. Gegenüber Wanderern reagieren Herdenschutzhunde allerdings oft aggressiv. Immer wieder kommt es deshalb zu unschönen Begegnungen zwischen Zwei- und Vierbeinern.

Kein Abschuss auf Vorrat

Selbstverständlich dürfen geschützte Tiere auch mit dem neuen Jagdgesetz

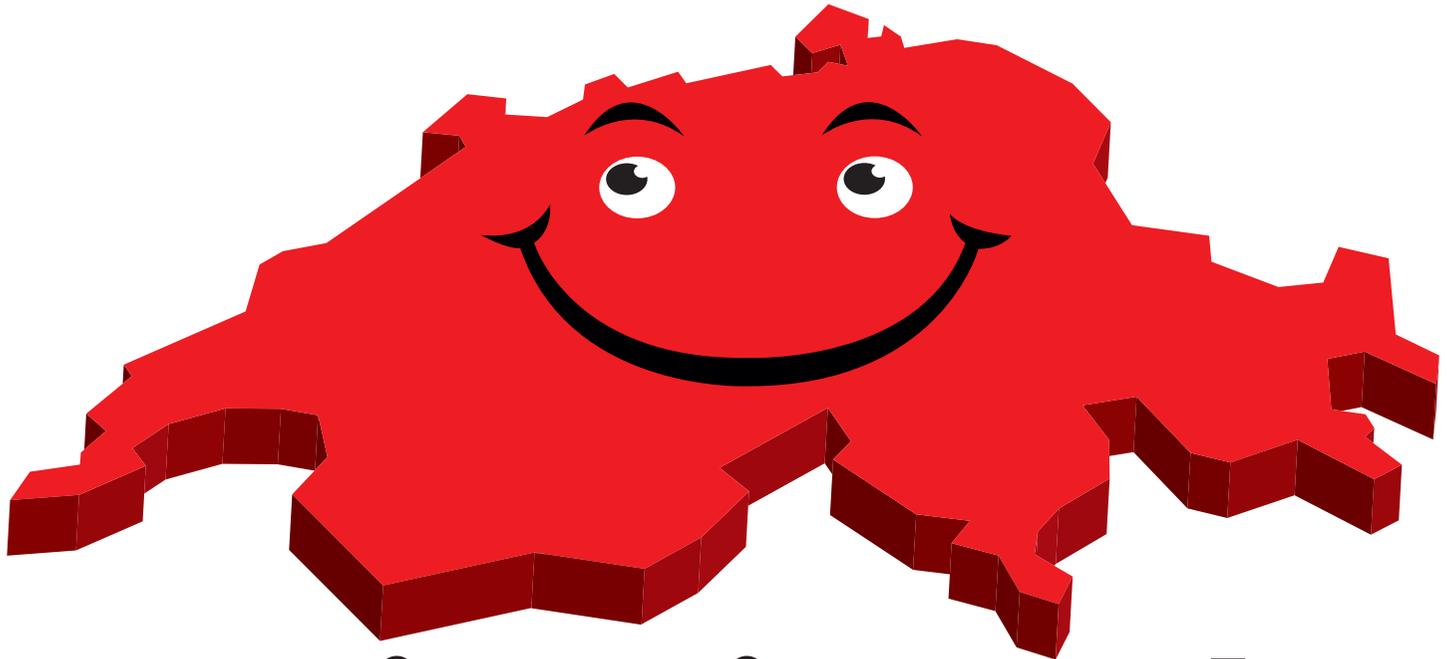
nicht einfach wahllos abgeschossen und so in ihren Beständen gefährdet werden. Das revidierte Gesetz setzt klare Regeln für das Erlegen von geschützten Arten. Von einem «Abschuss auf Vorrat», wie dies die Gegner der Vorlage behaupten, kann keine Rede sein: Das Gesetz schreibt explizit vor, dass die Population erhalten werden muss.

Das revidierte Jagdgesetz ist fortschrittlich, fördert die Artenvielfalt, schützt die Kulturlandschaft, ermöglicht die Pflege der Traditionen und bringt Sicherheit für Menschen, Tiere und Landschaften. Darum sagen wir am 17. Mai Ja zum revidierten Jagdgesetz.

Von Nationalrat
Franz Ruppen

Naters (VS)





Weniger ist mehr!

Mit einem JA zur Begrenzungs-Initiative sorgen wir für eine massvolle Zuwanderung! Denn dann können wir wieder selbst bestimmen, wie viele Menschen in unser Land kommen dürfen. Das nützt allen:

Massvolle und kontrollierte Zuwanderung = Mehr Lebensqualität für die ganze Schweiz ✓

Weniger Billig-Arbeiter = Mehr Lohnsicherheit für alle ✓

Weniger Ü50-Arbeitslose = Mehr und sichere Arbeitsplätze bis zur Pensionierung ✓

Weniger verstopfter ÖV = Mehr Sitzplätze und pünktliche Züge ✓

Weniger Zubetonierung = Mehr Natur ✓

Weniger Stau = Mehr Mobilität ✓

Weniger Mietdruck = Mehr günstige Wohnungen ✓

Weniger Strom- und Wasserverbrauch = Mehr Umweltschutz ✓

Weniger fremdsprachiger Kinder in unseren Schulen = Mehr Bildungschancen für unsere Kinder ✓

Weniger Ausländerkriminalität = Mehr Sicherheit ✓

Weniger Zuwanderung in unsere Sozialwerke = Mehr Unterstützung für Schweizer ✓



Das will ich! So stimme ich ab!

JA+

zur Begrenzungs-
Initiative



begrenzungsinitiative.ch
PC: 31-572732-0

MITMACHEN

www.begrenzungsinitiative.ch
[/mitmachen/kampagnenmaterial-bestellen](http://www.begrenzungsinitiative.ch/mitmachen/kampagnenmaterial-bestellen)



Begrenzungs-Initiative am 17. Mai:

JA 
zur
**massvollen
Zuwanderung**

 begrenzungsinitiative.ch PC: 31-572732-0



www.flyer-ueberall.ch

[/begrenzungsinitiative](http://www.flyer-ueberall.ch/begrenzungsinitiative)

Bestellen Sie in wenigen Klicks die Verteilung der Flyer in Ihrer Gemeinde. Bezahlen Sie online und die Flyer werden ein paar Tage später in alle Haushalte Ihrer Gemeinde verteilt!

Suche nach PLZ oder Ortschaft:

Suche nach Kanton oder Bezirk:

Auswahl mittels Karte: hier klicken

TREFFER **1 Ort eingeben**

1 / 1 Treffer gefunden.
Ort zu teuer? Gemeinsam einen Ort sponsern. Hier mehr dazu...

6532 Castione 960 Briefkästen	CHF 152.50
----------------------------------	------------

 6532 Castione wurde Ihrem Warenkorb hinzugefügt

IHR WARENKORB Warenkorb leeren

6532 Castione 960 Briefkästen	CHF 152.50
----------------------------------	------------

TOTAL
960 Briefkästen **CHF 152.50**

2 Ort und Preis bestätigen

Adressangaben **3 Verteilung bestellen und bezahlen. Fertig.**

Ihre persönlichen Daten werden verwendet. Sie werden weitergegeben.

Firma / Organisation

Anrede*

Titel

Vorname*

Nachname*

Adresse*

PLZ*

Ort*

Telefon*



Bestellen Sie das Abstimmungsmaterial jetzt!

..... Flyer direkt über www.flyer-ueberall.ch verteilen →

..... Flyer bestellen zum Selber-Verteilen

..... Plakat A2 (42 × 59.4 cm) Papier

..... Plakat F4 (89.5 × 128 cm) Papier

..... Plakat F4 (89.5 × 128 cm) Hohlkammer

..... Plakat B1 (70 × 100 cm) Hohlkammer

..... Ich bin bereit, eine Standaktion zu organisieren.

..... Ich will mich beim Newsletter anmelden.

..... Ich unterstütze den Abstimmungskampf finanziell (PC: 31-572732-0)
(Spenden können im begrenzten Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden)

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon / Mobile

Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP
Postfach
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
info@svp.ch